

Terrorabwehr: Sicherheitsbehörden des Bundes gezielt stärken

Die Terrorgefahr ist so real wie lange nicht mehr: Zwei Jugendliche wurden diese Woche in Burscheid und Wittstock/Dosse festgenommen, weil sie mutmaßlich einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen erwogen. Der Verfassungsschutz warnt vor einem Risiko von Terroranschlägen gegen jüdische und israelische Personen und Einrichtungen sowie auf den Westen generell im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Michael Breilmann fordert daher Konsequenzen und betont, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes jetzt nicht nur Betroffenheitserklärungen und Lippenbekenntnisse der Innenministerin, sondern Kompetenzen und Rechtsgrundlagen benötigen, um den Gefahren zu begegnen. "Diese Warnungen sind sehr ernst zu nehmen", so Breilmann und kündigte an, die aktuelle Gefahrenlage im Innenausschuss zu thematisieren.

Schuldenkrise: CDU/CSU-Fraktion wirft Ampel Totalversagen vor

Der Bundestag hat sich am Dienstag im Rahmen einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Folgen des Urteils des Verfassungsgerichtes zum Nachtragshaushalt 2021 befasst. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz attestierte der Ampel Totalversagen bei der Bewältigung der immensen politischen Herausforderungen. Nach der Regierungserklärung des Kanzlers zur Haushaltskrise warf Merz ihm vor: „Sie können es nicht.“ Die Koalition gefährde den Wohlstand und die Zukunft des Landes. Als größte Oppositionsfraktion werde die CDU/CSU der Koalition auf die Finger schauen und „dafür sorgen, dass Sie unsere Verfassung einhalten“.



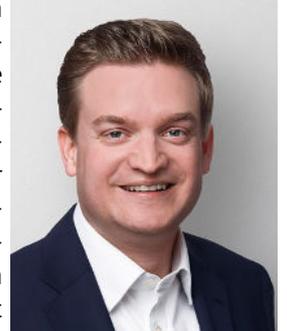
Enttäuschung über fehlende haushaltspolitische Zeitenwende: Bundeskanzler Olaf Scholz habe „rein technische Antworten auf die hochpolitische Entscheidung des Verfassungsgerichtes“ gegeben, kritisierte Unions-Fraktionschef Friedrich Merz am Dienstag in der Debatte im Deutschen Bundestag. (Bild: privat)

Nachdem Karlsruhe vor zwei Wochen die Haushaltstricksereien der Ampel als verfassungswidrig eingestuft hat, kämpft die Regierung mit gewaltigen Problemen bei der Finanzierung wichtiger Vorhaben. Betroffen sind vor allem solche zur Abfederung der Energiekrise und zur klimaneutralen Transformation der Wirtschaft, die mit den Tricksereien hätten finanziert werden sollen. Für 2023 hat die Regierung einen Nachtragshaushalt vorgelegt, über den der Bundestag am Freitag in erster Lesung beraten hat. Der Haushaltsentwurf für 2024 muss auf völlig neue Füße gestellt werden. Es ist unklar, ob und auf welche Weise die Regierung die Schuldenbremse des Grundgesetzes dann einhalten will.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann war von der Regierungserklärung des Kanzlers „maximal enttäuscht“. Noch schlimmer sei, dass Scholz überhaupt nichts Konkretes zum Haushalt 2024 angekündigt habe. Für das nächste Jahr habe die Regierung „keinen Plan B“, das sei ein Armutszeugnis für den Kanzler. „Wir werden an der Schuldenbremse des Grundgesetzes festhalten“, betont MdB Breilmann und fordert die Bundesregierung zudem auf: „Setzen Sie den Sparstift an!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Nachrichten über neue Razzien gegen die Reichsbürger-Szene erreichten mich in der laufenden Sitzung des Innenausschusses am Mittwoch. Dort stand gerade



Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), für das Innenministerium just zum TOP „Reichsbürger“ Rede und Antwort. Auf meine spontane Nachfrage als Berichterstatter der Unions-Fraktion, was es mit den Razzien auf sich habe, konnte sie allerdings keine Auskunft geben. Betretende Blicke und Ahnungslosigkeit während die staunenden Abgeordneten auf den Smartphones die Berichterstattung verfolgen konnten. Wieder hatten Journalisten noch vor der Politik Informationen über derartige Aktionen. Dabei ist die Reichsbürger-Bewegung aktuell mit eine der herausforderndsten extremistischen Strömungen mit einem nicht zu unterschätzenden Gewaltpotential. Insofern besteht seitens der Regierung eine Pflicht zur aktuellen Unterrichtung. Eine klare Missachtung des Parlaments und der Opposition. Stattdessen wurde in der Sitzung von Regierungsvertretern und der Ampel breit über „strukturellen Rassismus“ bei den Sicherheitsbehörden schwadroniert. Verkehrte Welt! Dieses Grundmisstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden haben wir scharf kritisiert. Ich habe vollstes Vertrauen zu unserer Polizei, sie arbeitet am Limit und leistet in diesen bewegten Zeiten tolle Arbeit.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Union gegen generelle doppelte Staatsbürgerschaft

Der Bundestag hat am Donnerstag in Erster Lesung eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts der Ampel-Koalition beraten und im Anschluss zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen. „Die Ampel hat jeglichen Bezug zur Realität verloren. Mitten in der Migrationskrise senkt sie die Voraussetzungen für den deutschen Pass und setzt damit zusätzliche Anreize für illegale Zuwanderung nach Deutschland. Das macht fassungslos. Ich lehne den Gesetzentwurf klar ab“, so CDU-MdB und Innenexperte Michael Breilmann. Die verkürzten Einbürgerungsfristen würden dazu führen, dass vermehrt Ausländer eingebürgert werden, die sich noch nicht voll in unserem Land integriert hätten. „Die Einbürgerung muss am Ende des Integrationsprozesses stehen. Die generelle Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft ist ein Fehler. Die Beibehaltung der alten Staatsangehörigkeit hemmt die Hinwendung zu unseren Werten und fördert die Einflussnahme ausländischer Staaten auf die Geschehnisse in unserem Land. Mit ihrem Gesetzentwurf begibt sich die Ampel auf einen für unsere Gesellschaft gefährlichen Pfad.“, so Breilmann.

Weihnachtsbaum der Lebenshilfe im Bundestag



Am Freitag hat der Bundestag einen Weihnachtsbaum der „Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.“ in der Halle des Paul-Löbe-Hauses entgegengenommen. Der Chor der Lebenshilfe Berlin sorgte für musikalische Begleitung. CDU-MdB Michael Breilmann: „Eine schöne Tradition, die den Blick auf die wichtige Arbeit der Lebenshilfe, als Lobby für Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Angehörigen, lenkt. Erst vor wenigen Tagen war ich zu Gast bei der Lebenshilfe Dorsten und habe mich über das Projekt „Wie wollen wir wohnen?“ informiert. Die wichtige Arbeit der Lebenshilfe in der Region hat auch 2024 meine volle Unterstützung. Ganz herzlichen Dank an Ludger Cirkel und das ganze Team für die tolle Arbeit!“ (Bild: Privat)

Ingenieurmangel in Deutschland bekämpfen



Der „Ingenieurmangel in Deutschland“ war am Donnerstag Gegenstand eines Gesprächs des ZBI - Zentralverband der Ingenieurverbände (v.l.n.r.: Präsident Wilfried Grunau, Doreen Blume, ZBI-Geschäftsstelle, MdB Breilmann, Vizepräsidentin Ute Zeller Vizepräsident Heinz Leymann) mit CDU-MdB und Bauexperten Michael Breilmann in Berlin. Das Bauausschussmitglied aus Castrop-Rauxel befürchtet, dass die aktuellen Engpässe bei den Ingenieurberufen auch die Baukrise verschärfen könnte. „Wir müssen auf allen Kanälen ins Land tragen, was der Ingenieurberuf Entscheidendes für die Gesellschaft bewirkt, auch im öffentlichen Dienst. Es muss uns gemeinsam gelingen, sein Image noch weiter aufzuwerten.“ (Bild: privat)

„Bundes-VeRA“: Analyse-Tool der Polizei einführen

Um die „polizeiliche Analyse-Software Bundes-VeRA“ geht es in einem [Antrag](#) der CDU/CSU-Fraktion, der am Freitag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand. Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, dem BKA und der Bundespolizei „zur effektiven Bekämpfung schwerer Kriminalität“ schnellstmöglich die Nutzung der verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform „Bundes-VeRA“ zu genehmigen. Auch soll die Bundesregierung der Vorlage zufolge mit einem Abruf der bereits fertig entwickelten Software „VeRA“ die Voraussetzungen zu schaffen, damit auch die Länder „ohne erhebliche Mehrkosten dazu in der Lage sind, die polizeiliche Analysesoftware ‚VeRA‘ für ihre Landespolizeien abzurufen. „Innenministerin Faesers Ablehnung hat erhebliche negative Auswirkungen. Die Software hat sich insbesondere in den Bereichen Terrorismusabwehr, Clankriminalität und Kinderpornografie bewährt“, so CDU-MdB und Innenexperte Michael Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 42 der 20. Wahlperiode

1. Dezember 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler